

# Viele Probleme, wenige Lösungen

Rco 698

OAI Bausch und Wiseler diskutierten über Landesplanung und Wachstum



Fotos: Editpress/Isabella Finzi

Florian Hertweck, Architekturprofessor an der Uni Luxemburg



In Luxemburg gibt es 485 Architektenbüros. Laut OAI hat sich ihre Zahl seit 1990 fast verdreifacht. Die Anzahl der Ingenieurbüros hat sich im gleichen Zeitraum sogar vervierfacht (185 im Jahr 2018). 4.500 Menschen sind in diesem Sektor beschäftigt.

Luc Laboulle

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot in Luxemburg muss mehr gebaut werden. Am besten qualitativ hochwertig, wünscht sich der „Ordre des architectes et des ingénieurs-conseils“ (OAI). Doch um Häuser zu errichten, braucht es zusätzliches Bauland, das in Luxemburg vorwiegend in privater Hand ist. Die Methode der Enteignung geht CSV und „déi gréng“ aber noch zu weit, wie François Bausch und Claude Wiseler am Donnerstag auf einem Rundtischgespräch erklärten.

**LUXEMBURG** Die Wohnknappheit in Luxemburg bereitet den Architekten und Ingenieuren Sorgen. Nicht nur, weil einige von ihnen vielleicht, wie viele andere auch, selbst keine erschwingliche Unterkunft finden, sondern vor allem, weil sie ihr Brot zu einem großen Teil mit dem Entwurf und der Planung von Ein- und Mehrfamilienhäusern verdienen.

Im Vorfeld der Parlamentswahlen vom 14. Oktober dieses Jahres hatte der „Ordre des architectes et des ingénieurs-conseils“ (OAI) deshalb am Donnerstagabend den ehemaligen und den aktuellen Minister für Nachhaltigkeit und Infrastruktur in das Amphitheater der Coque eingeladen, um mit ihnen über Themen wie Stadt- und Landesplanung, Lebensqualität und Wachstum zu diskutieren.

## Nationale Steuer auf ungenutztem Bauland?

Claude Wiseler und François Bausch sind aber nicht nur politische Experten in diesen Bereichen, sondern werden auch ihre jeweiligen Parteien CSV und „déi gréng“ in den anstehenden Wahlkampf führen. Viel wurde bereits über eine mögliche schwarz-grüne Koalition spekuliert, die vor dem Hintergrund rezenter Umfrageergebnisse eine ernst zu nehmende Option darstellt.

Und auch in ihren Positionen zu den bereits erwähnten Themen liegen Bausch und Wiseler oft gar nicht so weit auseinander, wie sich am Donnerstag zeigte. So wehrte sich der designierte

CSV-Spitzenkandidat gleich zu Beginn gegen die Unterstellung des Moderators und Architekturprofessors Florian Hertweck, die CSV sei eine „konservative“ Partei, die die Interessen der Privatbesitzer verteidige. Stattdessen sprach er davon, dass Mietwohnungen und Erbpachtverträge künftig eine größere Rolle spielen sollten.

Nur 8 Prozent des Bodens in Luxemburg seien im Besitz der öffentlichen Hand, viele bebaubare Grundstücke würden nicht entwickelt, wusste Florian Hertweck und wollte von Wiseler wissen, wie er das ändern wolle. Der Fraktionschef der CSV sprach sich für eine Erhöhung der Grundsteuer aus und befürwortete sogar eine nationale Steuer auf baufähigen Grundstücken, die zu Spekulationszwecken ungenutzt bleiben.

## „Privateigentum zur heiligen Kuh geworden“

Derweil warb François Bausch für sein Landesplanungsgesetz, das noch vor den Osterferien vom Parlament angenommen werden soll, vorausgesetzt, der Staatsrat gibt bis dahin seinen Segen. Die vier sektoriellen Leitpläne sollen in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und interessierten Bürgern in vier regionalen Gruppen ausgearbeitet werden, erklärte der Minister.

Wiseler kündigte unterdessen an, dass die CSV die Zahl der Gemeinden im Rahmen einer Territorialreform durch Fusionen auf 60 reduzieren wolle, um die Landesplanung zu vereinfachen. Bausch optierte hingegen lediglich für eine bessere regionale Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden.

Einig war man sich am Donnerstag, dass es neue Instrumente brauche, um zusätzliches Bauland zu erschließen, doch die Enteignung werde nicht als geeignetes Instrument in Betracht gezogen, es sei denn, es werde wie in der Schweiz ein Planungsausgleich geschaffen, meinte Hertweck. Dieser wies in dem Zusammenhang auf die Sozialpflichtigkeit des Eigentums hin und erläuterte das Basler Modell, demzufolge öffentliches Gebiet nur noch über Erbpachtrecht vergeben werde. So weit will François

Bausch in Luxemburg nicht gehen, doch der grüne Minister stellte fest, dass Privateigentum infolge mehrerer Gerichtsurteile in Luxemburg zur heiligen Kuh geworden sei und Privatbesitzer „horrende Preise für Ackerland“ gefordert hätten, als der Staat nach einem geeigneten Grundstück zum Bau einer Schule im Norden des Landes gesucht habe. Wiseler betonte in diesem Zusammenhang, dass es seit der Verfassungsänderung zum Bau der A13 bereits möglich sei, Grundstückbesitzer zu enteignen, wenn der Staat nachweisen kann, dass diese Maßnahme von öffentlichem Nutzen („d'utilité publique“) sei.

Interessant war auch Claude Wiselers Aussage, dass Wohnungsbeihilfen einigen Menschen das Leben zwar vereinfachen könnten, doch nichts an der Gesamtsituation änderten. Nur eine Erhöhung des Angebots könne zum Erfolg führen.

## Grenzgänger und „cohésion sociale“

Bausch kündigte zudem an, der Staat werde neben dem RTL-Gebäude auf Kirchberg ein neues Viertel mit qualitativ hochwertigem und erschwinglichem Wohnraum für bis zu 11.000 Menschen bauen. Der Staat müsse künftig eine Vorreiterrolle einnehmen, so der Minister, der sich auch für Synergien zwischen privaten und öffentlichen Bauherren aussprach. Auch Wiseler befürwortete ein „Mélange“ und betonte, der Staat müsse Regeln für private Bauherren festlegen.

Am Ende wurde auch wieder die Wachstumsdebatte thematisiert, doch in dieser Hinsicht gibt es tatsächlich wenig Neues zu berichten. Das Bevölkerungswachstum sei zu hoch, doch auf das wirtschaftliche Wachstum könne Luxemburg nicht verzichten, lautete die einstimmige Meinung.

Doch wie dieses Dilemma überwunden werden kann, weiß bislang noch niemand so genau. Und schließlich suchte Bausch die Schuld für die ganze Misere bei den Grenzgängern, während Wiseler auf die „cohésion sociale“ und Integration von Nicht-Luxemburgern verwies, ohne die es zunehmend Probleme geben könnte.



Andrea de Cillia, Ingenieur und OAI-Ehrevizepräsident



Architektin Sala Makumbundu, Minister François Bausch und OAI-Präsident Jos Dell



Claude Wiseler und Urbanistin Myriam Hengesch



OAI-Direktor Pierre Hurt